

Jagd auf Sündenböcke

Südafrika wird von Welle fremdenfeindlicher Gewalt erfasst. Rechte gibt Ton an, Regierung verschärft Maßnahmen gegen Migration

Von Christian Selz, Kapstadt

Gewalt, Plünderungen und ein »Ultimatum« an Bürger anderer afrikanischer Staaten, das Land zu verlassen: Nach unten zu treten ist auch in Südafrika weitverbreitet. Die jüngste Welle fremdenfeindlicher Attacken wird von mehreren Oppositionsparteien befeuert, die vor den Kommunalwahlen im November auf die Hardlinerkarte setzen. Die Polizei unternimmt wenig bis nichts gegen plündernde Mobs. Die Regierung streitet sich mit den diplomatischen Vertretungen der Herkunftsstaaten von Migranten sowie der Weltgesundheitsorganisation darüber, wie viele Todesopfer genau die Gewaltwelle bisher gefordert hat, und gelobt, nun fleißig abzuschieben.

»Etwa zehn betrunkene Männer«, so berichtete das Portal *Ground Up* unter Verweis auf den lokalen Polizeisprecher Simo Joli, seien am Abend des 7. Juni in Burnwood, einem verarmten Stadtteil der Hafenmetropole Durban, von Hütte zu Hütte gezogen. Sie »forderten« demnach, dass »Migranten fortgehen«. So beschrieb eines der Opfer dem auf soziale Fragen spezialisierten Onlinemedium: »Einige hatten Nilpferdpeitschen, Golfschläger und Macheten«, so Ernest Machwela, also habe er von seiner wenigen Habe gegriffen, was er tragen konnte, und sei mit seiner Frau und dem sieben Monate alten Baby um sein Leben gerannt. Eine weitere Vertriebene, Esnat Josephs, schilderte der *BBC*, wie die mit Macheten bewaffneten Angreifer in ihre Hütte eingedrungen seien und ihren Mann attackierten: »Sie hielten seinen Hals so, als wollten sie ihn töten.« Mit Schnittverletzungen an Kopf und Hals liege er nun im Krankenhaus. Josephs selbst flüchtete sich mit ihren ein Jahr alten Drillingen auf das Gelände einer Gemeindehalle im Nachbarstadtteil Sherwood.

»Etwa 75 malawische Staatsbürger« hätten dort Sonntag nacht Schutz gesucht, erklärte Polizeisprecher Joli, und fügte hinzu: »Bis Dienstag, 9. Juni, ist deren Zahl auf mehr als 1.000 angewachsen.« Der Artikel ist vom 10. Juni. Zwischenzeitlich kapierten Schätzungen zufolge bis zu 10.000 vertriebene Migranten auf dem Areal. Gegenüber Medien und bei Protestaktionen fordern viele von ihnen inzwischen aktiv ihre Rückführung in ihre Heimatländer, weil sie ihr Leben in Südafrika bedroht sehen. Durban ist dabei keine Ausnahme: Übergriffe fremdenfeindlicher Mobs gab es in den vergangenen Wochen und Monaten in zahlreichen südafrikanischen Städten. Offiziell dokumentiert sind bisher drei Tote, zwei Mosambikaner und ein mutmaßlich für einen Ausländer gehaltener Südafrikaner.

Befeuert wird die Gewalt durch Kampagnen von Oppositionskräften wie Action SA, einer rechten Kleinpartei unter Führung des Unternehmers und ehemaligen

Johannesburger Bürgermeister Herman Mashaba, sowie durch die Initiative »March and March«. Deren bekanntestes Gesicht ist Jacinta Ngobese-Zuma, eine Tochter von Exstaatschef Jacob Zuma, dessen neue Rechtspartei MKP ebenfalls ein hartes Vorgehen gegen in ihren Worten »illegale« Migration fordert. »Wir können nicht zulassen, dass Südafrika zu einem Zufluchtsort für alle gescheiterten afrikanischen Staaten gemacht wird«, zitierte die *BBC* Ngobese-Zuma. Eine ihrer Anhängerinnen sekundierte am Rande eines Aufmarschs in der Hauptstadt Pretoria: »Die Leute kämpfen um knappe Ressourcen. Wir haben Probleme, Schulplätze für unsere Kinder zu finden. Wir haben Probleme, unsere alten Menschen in Krankenhäuser zu bekommen.« Dass der Mob sich mit diesen – berechtigten – Sorgen ausgerechnet hinter einer wohlhabenden Frau versammelt, deren Vater fast ein Jahrzehnt lang die Staatskasse geplündert hat, ist wohl am ehesten mit dem globalen Zeitgeist zu erklären.

Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa konstatierte am Dienstag immerhin, dass es die ökonomischen Probleme des Landes nicht löse, »schutzlose Menschen zum Sündenbock zu machen«. Er kündigte zugleich aber ein härteres Vorgehen gegen Asylsuchende sowie Migranten ohne gültige Dokumente an. Das zeigt sich dieser Tage auch in Durban. In Schnellverfahren per Videoschleife werden dort nun Asylsuchende abgeurteilt, um eine zügige Deportation zu ermöglichen. Der stellvertretende Justizminister Andries Nel erklärte am Dienstag, dass von gegenwärtig etwa 7.000 Menschen an der Gemeindehalle in Sherwood exakt »1.876 ohne Dokumente« seien. Zu etwaigen Verhaftungen der Gewalttäter sagte er nichts. Derweil gibt es zahlreiche Berichte von Verfolgten, dass sie sehr wohl Papiere gehabt hätten, ihnen diese jedoch bei Überfällen geraubt worden seien. Der Ministerpräsident der Provinz KwaZulu-Natal, Thamsanqa Ntuli, glaubte gar klarstellen zu müssen: »Man darf keine Läden plündern, egal, ob sie Ausländern oder Südafrikanern gehören. Zu plündern bedeutet, das Gesetz zu brechen.« Deshalb sollten »sogar« diejenigen, »die Ausländer attackieren«, verhaftet werden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/524598.migration-und-flucht-jagd-auf-sundenboecke.html>